

2. Populismusforschung als Parteienforschung: der Gelegenheitsstrukturansatz

Der Gelegenheitsstrukturansatz ist der dominante Theorieansatz der Populismusforschung.¹ Der von Herbert Kitschelt und Anthony J. McGann zur Erforschung von Protestbewegungen ausgearbeitete und vielfach verfeinerte Ansatz schließt die Populismusforschung an die Parteiensystemforschung an. Er rekurriert insbesondere auf die *Cleavage*-Theorie von Martin S. Lipset und Stein Rokkan² sowie auf den *Dealignment-realignment*-Ansatz von Pierre Martin³. Die Quintessenz des Ansatzes besteht darin, dass er makrosoziologische bzw. strukturtheoretische und mikrologische bzw. akteurtheoretische Perspektiven innerhalb eines Modells kombiniert, das die Variabilität der Mobilisierungserfolge populistischer Parteien zu erklären versucht.

1 Kitschelt 1986; Kitschelt/McGann 1995. Exemplarisch für Verfeinerungen vgl. Kriesi 1999a; Koopmans/Statham 2000; Rydgren 2004; Bornschier 2009 u. 2010. Mich interessieren hier weniger die vielfältigen Feinjustierungen des Gelegenheitsstrukturansatzes, die vor dem Hintergrund empirischer Analyseergebnisse vorgenommen wurden, sondern insbesondere seine theoretischen Prämissen und deren Konsequenzen für die Konzeption und die Erforschung des Populismus.

2 Lipset/Rokkan 1967.

3 Martin 2000; sowie Bornschier 2009.

2.1 DAS ERKLÄRUNGSMODELL UND DIE THEORETISCHEN PRÄMISSEN DES GELEGENHEITSSTRUKTURANSATZES

Grundlage des Gelegenheitsstrukturansatzes ist ein Marktmodell von Politik.⁴ Nach diesem Modell agieren die Wähler/innen als zweckrationale, interessenmaximierende Politik-Konsumenten; die Parteien als zweckrationale und interessenmaximierende, d.h. machstrebende Politik-Anbieter.⁵ Auf der Nachfrageseite fordern Wähler/innen mit gruppenspezifischen Präferenzen nach bestimmten Politikangeboten;⁶ auf der Angebotsseite werben politische Parteien mit ihren Programmen um die Gunst der Wähler/innen. Ihre Repräsentationsfunktion ist darauf beschränkt, eine als gegeben betrachtete Nachfrage zu saturieren. Da die Parteien darauf abzielen, ihre Macht zu maximieren und politische Macht in demokratischen Regierungssystemen an Wählerstimmen gekoppelt ist, werden sie versuchen, die Präferenzen möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger programmatisch zu aggregieren.

Die Konkurrenzsituation und der Wiederwahlmechanismus bewirken, dass sich die Parteien auch nach der Wahl responsiv gegenüber den Wünschen und Forderungen der Wähler/innen verhalten. Auf diese Weise entsteht mittelfristig ein dynamisches Gleichgewicht, ein *matching* zwischen Parteiensystem und Wählergruppen. Das Parteiensystem repräsentiert die Einstellungen und Forderungen der Bürger/innen; seine Komposition spiegelt die Gruppendifferenzierung und die Konfliktlinien der repräsentierten Gesellschaft. Lediglich das Wahlsystem verzerrt diese Spiegelung mehr oder weniger, da es die politischen Akteure dazu zwingt, Koalitionen einzugehen und gruppenübergreifende Allianzen zu schmieden, um mehrheits- bzw. regierungsfähig zu werden.

Gestört wird das Parteiensystem durch Umwelteinflüsse, gesellschaftliche Ereignisse oder Prozesse, die entweder die Präferenzen der sozialen Gruppen verändern oder aber neue Gruppen mit neuen Präferenzen hervorbringen. Wenn es dem etablierten Parteiensystem aufgrund seiner strukturell bedingten relativen Trägheit nicht gelingt, diese neuen Präferenzen programmatisch zu absorbieren,

4 Grundlegend vgl. Downs 1968.

5 Vgl. Kitschelt/McGann 1995: viii.

6 Der Präferenzbegriff bezeichnet in diesem Zusammenhang das Ensemble der politisch relevanten Einstellungen, Ideologien, Forderungen, Ängsten und Hoffnungen, anhand derer Menschen und Gruppen von Menschen ihre politischen Wahlentscheidungen treffen.

entstehen sogenannte Gelegenheitsstrukturen. Darunter werden „specific configurations of resources, institutional arrangements and historical precedents for social mobilization, which facilitate the development of protest movements“⁷ verstanden. Gelegenheitsstrukturen fungieren als Marktlücken. Sie bieten kleineren oder neugegründeten Parteien die Chance, sich mit einer programmatischen „winning formula“⁸ die Unterstützung derjenigen zu sichern, die sich von den etablierten Parteien nicht mehr repräsentiert fühlen.

Ausschlaggebend für den Erfolg rechtspopulistischer Parteien ist aus Sicht der Vertreter des Gelegenheitsstrukturansatzes daher das Zusammenspiel von vier Variablen, die sich zu folgendem Analyserahmen fügen.

*Der Analyserahmen des Gelegenheitsstrukturansatzes*⁹

	Nachfrage	Angebot
Mikroebene	Wähler (1)	Politische Parteien (3)
Makroebene	Gesellschaftliche Strukturen (2)	Parteien-System (4)

Die einschlägigen Forschungsfragen beziehen sich folglich erstens auf die Wähler, ihre Ideologien, Einstellungen, Stereotype, Interessen und Deutungsschemata, die sie zu bestimmten Wahlentscheidungen bewegen. Zweitens fragen Vertreter des Gelegenheitsstrukturansatzes nach gesellschaftlichen Strukturen, der Erosion sozialer Milieus, der Krise fordistischer Produktionsverhältnisse, dem Übergang zu postindustriellen Wissensgesellschaften und der Entfremdung von politischen Institutionen, unter deren Einwirkung sich sowohl die Interessen als auch die ideologischen Wissensbestände und Deutungsmuster der Wähler transformieren. Drittens interessieren sie sich für Parteien, die sie als ideologisch begründete, aber strategisch handelnde Organisationen betrachten, sowie für die sogenannte ‚Gewinnerformel‘, die sie aus politischen Programmen und Reden herauszudestillieren versuchen. Viertens fragen Gelegenheitsstrukturtheoreti-

7 Kitschelt 1986: 58.

8 Kitschelt/McGann 1995.

9 In Anlehnung an Rydgren 2004: 28.

ker/innen nach den Parteiensystemen, den Beziehungen zwischen den Parteien, aber auch nach den Wahlgesetzen, welche die Entstehung neuer Parteien bedingen.¹⁰

Wenngleich die Vertreter des Gelegenheitsstrukturansatzes allen vier Variablen Einfluss auf das Wahlergebnis einräumen, favorisiert der Ansatz eine wäherlsoziologische Perspektive und räumt den gesellschaftlichen Strukturen eine privilegierte Stellung ein. Denn aus Sicht von Gelegenheitsstrukturtheoretikern resultieren die Präferenzen der Wählerinnen und Wähler aus ihrer Klassen-, Schichten- oder Milieuzugehörigkeit, weswegen die Parteiensysteme die einschlägigen makrosoziologischen *Cleavages* zwischen Arbeit und Kapital, Stadt und Land, Peripherie und Zentrum sowie zwischen Religion und Laizismus reflektieren. Somit repräsentieren die politischen Parteien die gesellschaftlichen Konfliktparteien und es bilden sich stabile Bindungen zwischen den Parteien und den Wählergruppen (*alignment*). Diese Bindungen erodieren, wenn gesellschaftliche Prozesse bestimmte soziale Gruppen marginalisieren und auf diese Weise politische Marktlücken schaffen (*dealignment*), in die neue Politikunternehmer hineinstoßen, um neue politische Bindungen zu kreieren (*realignment*).¹¹

Obwohl Gelegenheitsstrukturtheoretiker/innen einräumen, dass Strukturwandelprozesse sich nicht unmittelbar auf Politik auswirken und betonen, dass gesellschaftliche und kulturelle Trennungslinien erst dann zu politischen Konflikten werden, wenn sie politisiert werden,¹² gehen sie doch davon aus, dass Strukturwandelprozesse neue politische *Cleavages* erzeugen und neue *Dealignment-Realignment*-Prozesse auslösen. Der Strukturwandel ist die notwendige Bedingung für die Entstehung einer Gelegenheitsstruktur, die sich ein neuer Politikanbieter zunutze machen kann:

„Social movements are ultimately based on social and cultural cleavages. In other words, they have their origin in broad societal transformations that oppose social groups for structural and cultural reasons. These societal transformations determine structural and cultural potentials for mobilization by social movements. [...] Structure and culture do not impinge directly on politics. Social and cultural dividing lines – societal cleavages – only result in political cleavages, if they are politicized.“¹³

10 Vgl. ebd.: 27ff.

11 Vgl. Martin 2000.

12 Vgl. Kriesi 1999a: 399.

13 Ebd.

Damit ist die Makroebene der Mikroebene und die Nachfrageseite der Angebotsseite logisch vorgeordnet. Auf der Angebotsseite wird davon ausgegangen, dass ohne die entsprechende Marktlücke selbst der rhetorisch versierteste Populist keine Mobilisierungserfolge erzielen wird; auf der Nachfrageseite werden die politischen Präferenzen der Wähler aus der Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen abgeleitet. Für Vertreter des Gelegenheitsstrukturansatzes lautet die zentrale Frage daher, durch welche übergeordneten gesellschaftlichen Prozesse, auf welchen Politikfeldern und anhand welcher Konfliktlinien sich jene Wählergruppe ausbildet, die sich von den etablierten Parteien entfremdet und nach dem Politikangebot der Populisten fragt.

Trotz der prinzipiellen Offenheit des Erklärungsmodells sind es aus Sicht der meisten Gelegenheitsstrukturtheoretiker/innen primär die wirtschaftliche Globalisierung und die Entstehung eines postindustriellen Kapitalismus, die den Mobilisierungserfolgen rechtspopulistischer Parteien zugrunde liegen. Die Gelegenheitsstrukturen resultieren also nicht aus dem politischen Prozess selbst, sondern aus vor- oder unpolitischen Vorgängen, die politische Systeme irritieren. So schaffe die Erosion nationaler Grenzen sogenannte „Modernisierungsverlierer“, soziale Gruppen, deren Marktposition sich verschlechtert hat und die sich als (potentielle) Verlierer wahrnehmen und pessimistisch, besorgt oder angstvoll in die Zukunft blicken.¹⁴ Angesichts der zunehmenden internationalen Konkurrenz fürchteten sie um ihre Arbeitsplätze, die Immigration ethnischer Minderheiten stelle ihre traditionellen Lebensstile in Frage, der Verlust nationalstaatlicher Autonomie und die Abgabe von Souveränitätsrechten an internationale Organisationen werde von ihnen als Bedrohung erfahren, da sie sich positiv mit dem Nationalstaat identifizierten. In einer Welt, in der nationalstaatliche Grenzen an Bedeutung verlören und die Nationalstaaten ihre Gestaltungsfähigkeit und Autonomie einbüßten, erhöhe sich das Mobilisierungspotential der nationalen Identität.¹⁵ Dabei sind es für Kitschelt und McGann in der Regel ältere *blue-collar-worker*, Landwirte und Kleinunternehmer, die aufgrund ihrer berufsspezifischen Kommunikationserfahrungen und der Schwächung ihrer Marktposition in postfordistischen Gesellschaften dazu prädestiniert sind, rechtspopulistische Politikangebote nachzufragen.¹⁶

14 Zur Modernisierungsverliererthese vgl. Spier 2006 u. 2010.

15 Vgl. Kriesi 2002: 566.

16 Kitschelt und McGann postulieren, dass sich jene Berufsgruppen, die ihre Zukunft durch Modernisierungsprozesse des globalen Kapitalismus bedroht sehen, gegen einen aktiven Wohlfahrtsstaat sind, wohingegen jene Berufsgruppen, die optimistisch in die Zukunft blicken, Umverteilungspolitiken befürworten. Die Marktposition bestimmt

In partieller Konkurrenz zu diesem sozioökonomisch fundierten Erklärungsansatz, führen jüngere Forschungsansätze den Aufstieg rechtspopulistischer Parteien auf die Tatsache zurück, dass die prägende ideologische Konfliktlinie westlicher Gesellschaften nicht mehr dem durch liberalkonservative und sozialdemokratische Volksparteien verkörperten Links-Rechts-Gegensatz folgt, sondern in zunehmendem Maße *kulturell* verfasst ist und zwischen einem libertär-universalistischen Kosmopolitismus und einem traditionalistisch-partikularen Ethnonationalismus verläuft.¹⁷ Wie sich diese Verschiebung vollzieht, können diese Ansätze jedoch nicht erklären. Wenngleich sie angesichts der Persistenz dieser Konfliktlinie die Bedeutung der politischen Akteure gegenüber der gesellschaftlichen Struktur betonen, fungieren die vermeintlich vopolitischen Prozesse innerhalb der gesellschaftlichen Basis nach wie vor als unabhängige Variable, von der sich politische Prozesse als mehr oder weniger verzerrte Oberflächenbewegungen ableiten.¹⁸

In beiden Ansätzen ist die diagnostizierte Lücke zwischen dem politischen Angebot und einer als gegeben erachteten politischen Nachfrage ausschlaggebend. Diese Lücke vergrößert sich, wenn die etablierten Parteien ideologisch und programmatisch konvergieren und beispielsweise darüber übereinkommen, dass die Globalisierung als quasi naturgegeben hinzunehmen sei, um allenfalls noch darüber zu streiten, wie ihre negativen Konsequenzen abzufedern seien. Besonders günstige Gelegenheiten bieten daher korporatistische und konkordanzdemokratische politische Systeme wie etwa die Niederlande, Belgien, Österreich

also über die Einstellung gegenüber der wohlfahrtstaatlichen Umverteilungspolitik. Die Kommunikationserfahrungen und -fähigkeiten korrelieren mit zwei entgegengesetzten Konzeptionen von Staatsbürgerschaft und zwei entgegengesetzten Modi kollektiver Entscheidungsfindung: Wohingegen sich kommunikative Berufsgruppen eher mit universalistisch-kosmopolitischen Staatsbürgerschaftskonzepten und egalitär-demokratischen Entscheidungsverfahren identifizierten, begrüßten weniger kommunikative Berufsgruppen partikular-kulturelle, identitäre und parochiale Staatsbürgerschaftskonzepte und hierarchisch-autoritäre Entscheidungsverfahren (Kitschelt/McGann 1995: 46ff.).

17 Vgl. Taguieff 1994; zur wachsenden Prägekraft dieser von der Neuen Rechten in Anspruch gebrachten Konfliktlinie vgl. Betz 2003 u. 2004; Betz/Johnson 2004; Helbing 2011; sowie Bornschieer 2010. In der Politologie ist in diesem Zusammenhang auch häufig von der Konfliktlinie „Öffnung vs. Abgrenzung“ die Rede (mit Bezug auf die Schweiz vgl. Brunner/Sciarini 2002; Bornschieer/Helbing 2005: 32ff.).

18 Vgl. Bornschieer 2009 u. 2010; Helbing 2011.

oder eben die Schweiz, deren Funktionslogik die Kompromissfindung der politischen Eliten forciert.¹⁹

2.2 POPULISMUSFORSCHUNG OHNE ‚VOLK‘. GRENZEN DES GELEGENHEITSSTRUKTURANSATZES

„Die politische Wissenschaft wird aus einem Willen zur ‚Objektivierung‘ geboren, der vergisst, dass es keine Elemente oder Elementarstrukturen, keine Wesenheiten (Klassen oder Klassensegmente), keine gesellschaftlichen Beziehungen, keine ökonomische und technische Bestimmung gibt, die ‚vor‘ ihrer Formgebung existierten.“

LEFORT 1990: 284

Die Stärke des Gelegenheitsstrukturansatzes besteht darin, dass er Makro- und Mikroebene aufeinander bezieht. Wenngleich Vertreter des Gelegenheitsstrukturansatzes von der Makroebene ausgehen, bringen sie keineswegs einen rigiden Strukturalismus in Anschlag, der den Aufstieg einer populistischen Partei deterministisch aus der Entstehung neuer Milieus, Schichten oder Klassen ableitet. Politik, der manifeste Konflikt zwischen zwei oder mehr kollektiven Identitäten, erscheint keineswegs als unmittelbare Folge beispielsweise ökonomisch bedingter Entwicklungen und der latenten Interessengegensätzen, die sie hervorbringen.²⁰ Der Gelegenheitsstrukturansatz legt vielmehr ein probabilistisches Modell zugrunde. Eine gesellschaftliche Gelegenheitsstruktur ist eine Marktlücke, die ein politischer Akteur programmatisch ausfüllen, aber eben auch verfehlen *kann*. Demnach ist der Erfolg einer populistischen Partei keine notwendige Folge, sondern eine ergriffene Chance. Denn um die Marktlücke auszunutzen, muss die sozialstrukturell bedingte Nachfrage auf Seiten der Wählerinnen und Wähler und das Angebot auf Seiten der politischen Herausforderer übereinstimmen oder zur Übereinstimmung gebracht werden. Den letzten Ausschlag gibt also die Ange-

19 Vgl. Taggart 1996; Decker 2012; mit Blick auf die Schweiz Geden 2006.

20 Zur Unterscheidung von „latenten Interessengegensätzen“ und „manifesten Konflikten“ vgl. Dahrendorf 1972: 47ff.

botsseite – das politische Geschick, das rhetorische Talent und das Charisma der politischen Herausforderer.

Das Struktur-Akteurs-Modell ermöglicht somit eine gewisse Flexibilität in der Analyse politischer Phänomene. Wenn die Gelegenheitsstrukturen günstig sind und dennoch keine machtvollen populistischen Parteien entstehen, dann mangelt es den Herausforderern an politischem Geschick. Wenn trotz vergleichsweise ungünstiger Gelegenheitsstrukturen populistische Parteien reüssieren, dann ist dies dem außerordentlichen Talent ihrer Führungsfiguren geschuldet. Anstatt das unerwartete Scheitern respektive den überraschenden Erfolg einer populistischen Partei genauer zu analysieren, wird den Akteuren mehr Bedeutung zugesprochen. Dabei bedienen sich Gelegenheitsstrukturtheoretiker/innen meist des Konzepts der charismatischen Herrschaft, um die in ihrem Modell unerklärten Aspekte populistischer Erfolge zu begreifen. Sie führen damit ein Konzept ein, das nicht weiter erläuterungsbedürftig scheint, im Grunde aber inkompatibel mit dem zugrunde gelegten Marktmodell von Politik und seinem axiomatischen Ausgangspunkt, dem rationalen, nutzenmaximierenden Wähler ist.

Das Problem mit dieser Perspektivierung des Populismus besteht nicht darin, dass sich hierfür keine empirischen Indizien finden ließen. Sozioökonomische Transformationsprozesse stellen eine wichtige Vorbedingung des Populismus dar. Der ökonomische Strukturwandel schafft neues Protestpotential. Er marginalisiert ehemals privilegierte soziale Gruppen und sorgt für soziale Unzufriedenheit und Selbstwertverlust bei den Betroffenen. Folglich sind bestimmte Schichten und Milieus in der Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien überproportional häufig vertreten.²¹ Dass sich die Unterstützung rechtspopulistischer Bewegungen als politische Reaktion derjenigen verstehen lässt, die als Verlierer aus Postindustrialisierungsprozessen hervorgehen, konnte vielfach empirisch belegt werden.²² Dass der Aufstieg des Rechtspopulismus mit der Virulenz eines kulturell geprägten Konfliktes zwischen einem kosmopolitischen Liberalismus und einem kommunitaristischen Ethnonationalismus in Verbindung steht, konnte ebenfalls gezeigt werden.²³

Die Defizite des Gelegenheitsstrukturansatzes sind theoretischen Ursprungs. Sie gründen darin, dass der Populismus als „Ideologie oder Mobilisierungstyp einer bereits existierenden Gruppe“²⁴ gerahmt wird. Zwar begreifen Gelegen-

21 Vgl. etwa Rydgren 2004; Spier 2006 u. 2010.

22 Vgl. exemplarisch die Arbeiten des Politologen Tim Spier (2006 u. 2010).

23 Vgl. Betz 2004.

24 Laclau 2005a: 72.

heitsstrukturtheoretiker/innen politische Phänomene nicht kausaldeterministisch, als notwendige Folgen basaler gesellschaftlicher Entwicklungen, doch lesen sie diese als *Folgen* tieferliegender gesellschaftlicher Ursachen, die von ihrer oberflächlichen, politisch-ideologischen Form, dem Phänomen Populismus, zu unterscheiden sind. Diese rigide Trennung zwischen einer objektiven sozialstrukturellen Basis (den sozialen Klassen, Ethnien, Geschlechtern, Schichten, den vielfältigen Milieus und Lebensstilgruppen mit ihren disparaten Präferenzen) und der politisch-ideologischen Form (der rhetorisch imaginierten Scheinwelt des ‚Volkes‘, der ‚einfachen Leute‘ und des ‚kleinen Mannes‘) läuft darauf hinaus, dass das politische Phänomen ‚Populismus‘ und seine Anrufung eines klassen-, schichten- und milieübergreifenden popularen Kollektivs nur als *ideologische Verzerrung* konzipiert werden kann.²⁵ Angesichts der empirisch diagnostizierten Pluralisierungs- und Differenzierungsprozesse moderner Gesellschaften kann die Quintessenz des Populismus, der diskursiv konstruierte Gegensatz zwischen ‚Volk‘ und ‚Establishment‘, der in Form einer polarisierten Gesellschaft sedimentiert, nur als anachronistisches Zerrbild wahrgenommen werden, das die vielfältigen *echten Konflikte* zwischen den objektiven Gruppen der Gesellschaft in einen *unechten Konflikt* transformiert.²⁶ Die Marginalisierung des Populismus gründet also auf der normativistischen Setzung „archimedischer Punkte“²⁷, die legitime, pluralistische von illegitimen, dichotomisierenden Formen der politischen Repräsentation von Gesellschaft unterscheiden und den Populismus als das deviante, irrationale und pathologische Andere der Politik der etablierten Parteien erscheinen lassen.

„If populism is described merely in terms of ‚vagueness‘, ‚imprecision‘, ‚intellectual poverty‘, purely ‚transient‘, as a phenomenon, ‚manipulative‘ in its procedures, and so on, there is no way of determining its differentia specifica in positive terms. The whole exercise seems to aim, in the contrary, at separating what is rational and conceptually compre-

25 Kritisch zur Abwesenheit des Volkes in der Politischen Theorie vgl. Canovan 1999 u. 2004: insb. 247.

26 So postuliert etwa Oliver Schmidtke (1996: 46) im Rahmen seiner Analyse des politischen Aufstieges der Lega Nord und der Südtiroler Volkspartei, dass „die populistische Agenda als solche über keinen tragbaren Vorschlag verfüge, wie man erfolgreich mit der Komplexität moderner Gesellschaft umzugehen hat“. Die Unterscheidung zwischen echten und unechten Konflikten geht zurück auf Coser 1972.

27 Marchart 2007: 155.

hensible in political action from its dichotomic opposite: a populism conceived as irrational and indefinable.“²⁸

Der Populismus verweist auf die Grenze des *differenzierungstheoretischen Realismus*²⁹ und des einschlägigen aggregativen Politikmodells, das die Form politischer Kämpfe aus ‚objektiven‘ gesellschaftlichen Strukturen und gruppenspezifischen Interessen- und Wertgegensätzen ableitet. Wenn dieses Basis-Überbau-Modell wie im Fall des Populismus an der Erklärung der politischen Wirklichkeit scheitert, dann ist nicht das Politik- und Gesellschaftsmodell das Problem, sondern das Phänomen, das die Grenzen dieses Modells vor Augen führt.

2.3 PLÄDOYER FÜR EINEN PARADIGMENWECHSEL IN DER ERFORSCHUNG POPULISTISCHER PARTEIEN

Folglich blockiert die Konzeption von Politik in Analogie zum Markt nicht nur die Formulierung eines positiven Populismusbegriffs. Anhand populistischer Projekte lässt sich auch zeigen, inwiefern ein markttheoretisches, aggregatives Politikmodell daran scheitert, eine adäquate Vorstellung von Politik und politischer Repräsentation zu generieren. Zwar räumen Gelegenheitsstrukturtheoretiker/innen ein, dass populistische Parteien an der Restrukturierung politischer Räume und der Konstruktion neuer gesellschaftlicher Konfliktlinien beteiligt sind,³⁰ doch sind sie nicht in der Lage, diese sozial performative Dimension des Populismus zu erfassen.

Das Angebot-Nachfrage-Modell entbehrt einer Theorie, die *politische Willens- und Identitätsbildungsprozesse* in den Blick zu nehmen vermag. Es erfasst nicht, wie populistische Bewegungen den Willen einer sozial heterogenen Wählerschaft artikulieren, wie sie gesellschaftliche *Cleavages* modellieren und neue politische Identitäten schaffen.³¹ Es ist zwar richtig, dass der Aufstieg populistischer

28 Laclau 2005a: 15.

29 Diesen Begriff habe ich bereits im Einleitungskapitel eingeführt.

30 Vgl. exemplarisch Helbing 2011: insb. 14f.

31 Willens- und Identitätsbildungsprozesse werden von Gelegenheitsstrukturtheoretiker/innen wenn überhaupt in implizitem Anschluss an den Erfahrungsbegriff der mikrosoziologischen Interaktionstheorie Randall Collins (2000, zsf. Rössel 2008) theoretisiert. So erklären beispielsweise Herbert Kitschelt und Anthony McGann (1995) die Korrelation zwischen der Präferenz gegenüber autoritären Politikangeboten und soge-

scher Parteien nicht ohne Gelegenheiten gedacht werden kann. Der Versuch, den Populismus sozialstrukturell zu definieren und den Antagonismus zwischen ‚Volk‘ und ‚Establishment‘ auf grundlegende Interessen- und Wertgegensätze zwischen präkonstituierten Gruppen zurückzuführen, scheitert jedoch. Um diese Blockade zu lösen, muss das Verhältnis zwischen gesellschaftlichen Gruppen und politischer Repräsentation in anderer Weise konzipiert werden.

Das bedeutet nicht, dass diese Perspektive aufgegeben werden sollte. Wer ein nomothetisches Erkenntnisinteresse verfolgt und nach den Bedingungen für die anhaltenden Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien fragt, wird auf marginalisierte Gruppen und neue Konfliktlinien stoßen, von denen diese Parteien profitieren. Das Erkenntnispotential des Gelegenheitsstrukturansatzes ist jedoch limitiert. Denn einer wählersoziologischen Perspektive, die gruppenspezifische Einstellungen als kleinste Analyseeinheiten zugrunde legt, entgehen die Konstruktionen der Konfliktlinien, die für populistische Konfigurationen konstitutiv sind.

Ein adäquates Verständnis dieser Konstruktionen lässt sich nur entwickeln, indem der Populismus im Rahmen eines kultursoziologischen Forschungsprogramms betrachtet wird, das Identitäten nicht als fixierte Essentiale und vorgängige Ausgangspunkte politischer Diskurse, sondern als deren Effekte betrachtet.³² Aus einer solchen Perspektive entspringt der populare Widerstand nicht einer gegebenen, politisch erweckten Identität. Eine widerständige populare Identität ist vielmehr das Produkt politischer Artikulationen. Demnach spiegelt die Unterscheidung zwischen ‚Volk‘ und ‚Establishment‘ nicht etwa eine vorperforierte Konfliktlinie zwischen ökonomisch, ethnisch oder religiös definierten Identitäten. Die Konfliktlinie ‚Volk/Establishment‘ muss als Subjektivierungsleistung eines performativ wirksamen Diskurses verstanden werden, der die potentiell antagonistischen Differenzen zwischen Klassen, Geschlechtern, Generationen, Milieus, Schichten und Lebensstilgruppen provisorisch transzendiert,

nannten *blue-collar*-Berufen aus deren arbeitsweltlichen Kommunikationserfahrungen. Willens- und Identitätsbildung werden hier nicht als kontingente (und infolgedessen macht- und entscheidungsimmanente) Prozesse theoretisiert. Vielmehr wird das strukturalistische Modell mikrosoziologisch unterfüttert und als Kristallisationspunkt von Interaktionsritualen betrachtet.

32 Für eine Grundlegung dieses Forschungsprogramms vgl. Hall 1994b; Marchart 2008; Moebius 2009; Reckwitz 2000; Wimmer 2005.

indem er ein vermeintlich tieferliegendes, originäres Konfliktverhältnis konstruiert.³³

Infolgedessen ist die kulturelle *Cleavage* zwischen einem libertären Kosmopolitismus und einem ethnisch geprägten Kommunitarismus, mit der rechtspopulistische Parteien politisieren, nicht einfach ein gegebenes Faktum, eine unabhängige Variable, sondern das Resultat eines politischen Projekts. Aus dieser Perspektive lässt sich beschreiben, wie diese kulturalistische *Cleavage* zu einer der prägenden Konfliktlinien westlicher Gesellschaften avancierte, auf welche Weise sie die Differenzen anderer Konfliktlinien synthetisiert, wie aus diesem Prozess der Desartikulation-Reartikulation von Gesellschaft ein bestimmtes ‚Volk‘ hervorgeht und welche alternativen Konstruktionen des ‚Volkes‘ ausgeschlossen werden.

33 So wird die soziale Ungleichheit, die im Diskurs der Modernisierungsverliererthese etwa als „Modernitätsrückstand“ oder als „soziales Kompetenzdefizit“ definiert wird (Kaschuba 1995: 83), in populistischen Diskursen als Symptom eines allgemeinen Unterdrückungsverhältnisses diskursiviert.